

ZÜRCHER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Renteninitiative
unterschreiben!

Unternehmer sagen Ja zum CO₂-Gesetz

Zahlreiche Unternehmer engagieren sich für ein Ja zum CO₂-Gesetz. Darunter auch Michael Hänzli, Mitinhaber des Berner Informatikdienstleisters Talus AG. Hänzli richtet die Talus AG seit der Gründung schrittweise umweltfreundlich aus. **Seiten 10 und 11**

Für eine Landwirtschaft mit Zukunft

Die Landwirtschaft wird von vielen Seiten zu Unrecht skandalisiert. Im Parlament sind mehrere Projekte aufgegleist, die zu einer Reduktion des Pestizideinsatzes führen. Zudem setzt sich die FDP für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ein. **Seiten 12 und 13**

Ja zum PMT-Gesetz

Am 13. Juni stimmt die Schweiz über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) ab. Das Gesetz ermöglicht den Behörden die gezielte Überwachung von einzelnen Gefährdungen in allen Phasen der Radikalisierung und die Möglichkeit, situationsgerecht einzugreifen. Die FDP-Delegierten und die FDP-Bundeshausfraktion sagen Ja zum PMT-Gesetz. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert in dieser Ausgabe die Notwendigkeit der Massnahmen. **Seite 18**

Plädoyer für die Individualbesteuerung

Vor über 40 Jahren stellte das Bundesgericht fest, dass Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren benachteiligt sind. Trotzdem ist bis heute nichts passiert. Wie kann das sein? Ein Gastbeitrag von Kamylla Lisi-Brandino, Vorstand FDP Frauen Kanton Zürich. **Seite 21**

Der Kanton Zürich braucht einen «Kickstart»

Editorial von Hans-Jakob Boesch

In der öffentlichen Debatte dreht sich immer noch vieles um die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Herausforderungen beim Testen und Impfen. Wir richten aber bereits den Blick nach vorne. Denn nach der Covid-19-bedingten Krise braucht der Kanton Zürich nun einen «Kick», der ihn aus dem Krisenmodus hinausbefördert und für die verschiedenen Akteure des Lebens- und Wirtschaftsraums Zürich Perspektiven schafft. Mit «Kickstart Zürich» ruft die FDP des Kantons Zürich daher einen 3-Punkte-Plan für eine starke Zürcher Zukunft ins Leben. Das Ziel: Innovation und Unternehmertum stärken, die Digitalisierung vorantreiben und Perspektiven für Studierende, Schülerinnen und Schüler, Lernende und Arbeitnehmende schaffen. Diverse Vorstösse zu allen drei Punkten wurden bereits und werden noch von der FDP Kanton Zürich im Parlament eingereicht. Lesen Sie mehr zum 3-Punkte-Plan der FDP Kanton Zürich in der digitalen Ausgabe des «Zürcher Freisinns»: www.fdpzh-zuercher-freisinn.ch. Diese Print-Ausgabe widmet sich einem der drei Punkte, nämlich der «Digitalisierung» – ein wichtiges Thema, das unbedingt vorangetrieben werden muss.

Zum Glück gibt es in diesem Jahr trotz Pandemie auch erste Lichtblicke! Die Staatsrechnung des Kantons Zürich im Jahr 2020 schliesst mit einem



Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident FDP Kanton Zürich

Ertragsüberschuss von CHF 499 Millionen ab. Dies auch aufgrund der bürgerlichen Politik, welche den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verpflichtet ist. Auch erfreulich ist, dass im Jahr 2020 über 80 neue Firmen in die Greater Zurich Area gezogen sind und Arbeitsplätze

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–9 Zürcher Freisinn
- 10/11 Unternehmer sprechen sich für das CO₂-Gesetz aus
- 12/13 Ungerechtfertigte Skandalisierung der Landwirtschaft
- 14 Vorschau auf die Sommersession
- 15 Nein zu den Agrarinitiativen
- 16 NR Regine Sauter setzt sich für das Covid-19-Gesetz ein
- 17 Gute Gründe für das CO₂-Gesetz
- 18 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 19 FDP bekennt sich zum bilateralen Weg
- 20 RADIGAL: Zurich Pride am 19. Juni
- 21 Gastbeitrag von Kamylla Lisi-Brandino
- 23 Vermischtes



Ja zur Individualbesteuerung:
Jetzt Initiative unterschreiben!



Mehr Tempo ist nötig

Impfungen ebnen den Weg aus der Krise

Liebe Freisinnige

Mit den im April verkündeten Lockerungsschritten des Bundesrats haben wir endlich wieder ein Stück Freiheit zurückerlangt. Weiterhin gelten jedoch Corona-bedingte Einschränkungen – eine Perspektive und ein zuverlässiges Ausstiegsszenario sind auch mit dem bundesrätlich vorgeschlagenen Dreiphasen-Modell noch nicht greifbar. Wir alle werden weiterhin auf eine harte Geduldsprobe gestellt.

Einen Impfwang lehne ich ab. Jedoch gelingt uns der Weg aus der Krise nur mit einer koordinierten Impf- und Teststrategie. Die zuständigen Bundes- und Kantonsämter haben es verpasst, bis Ende April 30 Prozent der Bevölkerung zu impfen – und sind damit der Forderung der FDP aus ihrem 100-Tage-Aktionsplan nicht nachgekommen. Es muss endlich schneller vorwärtsgen beim Impfen. Mit jedem Tag nehmen die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schäden zu.

Nicht nur die Corona-Krise beschäftigt die Schweiz, sondern auch die Beziehungen zur EU. Der bilaterale Weg mit der EU ist eine Erfolgsgeschichte – eine Sicherung und Weiterführung ist von höchster Bedeutung. Bundespräsident Parmelin ist Ende April ohne die erhofften politischen Zugeständnisse bei den ausstehenden Punkten aus Brüssel zurückgekehrt. Der Gesamtbundesrat ist aufgefordert, seine Führungsverantwortung wahrzunehmen und aufzuzeigen, wohin der Weg gehen soll.

Unsere Nachkommen eine intakte Lebensgrundlage sichern.

Klarheit besteht hingegen darüber, dass wir heute handeln müssen, um auch künftigen Generationen

eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Dies sind wir unseren Nachkommen schuldig. Deswegen unterstütze ich das CO₂-Gesetz und empfehle Ihnen, bei der Abstimmung am 13. Juni 2021 ein Ja einzulegen. Das Gesetz setzt auf liberale Rahmenbedingungen – nicht Verbote, sondern das Verursacherprinzip liegt ihm zugrunde. Es schafft die Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaften, ohne dass dies zwingend mehr kostet. Der Schlüssel liegt in der Innovation.

Ihre Stimme zählt.

Nicht nur das Coronavirus fordert Menschenleben, sondern auch terroristisch motivierte Straftaten. Mit der Annahme der PMT-Vorlage – ebenfalls am 13. Juni 2021 in der Volksabstimmung – könnten wir präventiv dagegen vorgehen. Das Gesetz erhöht die Sicherheit und den Schutz für unsere Bevölkerung, unsere Werte und unsere Institutionen.

Freisinnige und liberale Werte sind die Grundlage des Erfolgsmodells Schweiz. Ich würde mich freuen, wenn auch Sie sich dafür einsetzen und am 13. Juni 2021 an die Urne gehen. Jede Stimme zählt! Unsere Abstimmungsempfehlungen finden Sie in der vorliegenden Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre und danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung einer liberalen Politik.

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Impfzentrum

Ein Start-up der besonderen Art

Ende 2020 startete im Kanton Zürich das Projekt «Impfen» mit der Vorstellung der Projektorganisation. Auf Anfang 2021 gab die kantonale Gesundheitsdirektion bekannt, dass fünf grosse Impfzentren eingerichtet werden sollen. Der Wunsch des Verbandes der Gemeindepräsidenten floss ein, und es wurde schliesslich eine breitere, dezentrale Aufstellung der Zentren vorgesehen. Die grosse Herausforderung war, dass sich Interessenten/Interessentinnen für den Betrieb der Impfzentren innert 8 Tagen bewerben mussten.

Elf dezentrale Zentren

Die Vorgaben für die Bewerbung: Die Zentren mussten, je nach geografischer Lage, eine Tagesleistung zwischen 500 und 4000 Impfungen erbringen und sich über eine Leistungsvereinbarung verpflichten. Finanziert würden die Projekte durch die Krankenversicherungen mit einem durch den Bund ausgehandelten Betrag von CHF 14.50 sowie einem noch unbestimmten Anteil durch den Kanton Zürich pro Impfung. Für das Bewerbungsdossier mussten Infrastruktur evaluiert, mögliche Trägerschaften gesucht, Kostenschätzungen aufgestellt und auch Personalentscheide vorbereitet werden. Der Zuschlag erfolgte Ende Januar 2021. Aus fünf Zentren wurden deren elf – dezentral, angelehnt an Regionalspitäler. Dazu gehören auch dasjenige der Stadt Wetzikon, der Gemeinde Gossau und das von der GZO AG Spital Wetzikon getragene Impfzentrum in der Eishalle Wetzikon, auf welches im Weiteren exemplarisch eingegangen werden soll.

4,4 Mio. Franken Umsatz in fünf Monaten

Nun ging es darum, innert kurzer Zeit die Impfzentren «aus dem Boden zu stampfen». Das anvisierte Ziel war klar: Betriebsbereitschaft am

6. April 2021. Es galt also, innerhalb von zwei Monaten eine KMU aufzubauen. Nachfolgend ein paar Eckwerte dieser Herkulesarbeit:

- 16 Impfkabinen, Empfangs- und Helpdesks, Warte- und Ruhezeiten
- IT-Infrastruktur, Umziehkabinen, sanitäre Einrichtungen, Lagerräumlichkeiten usw.
- Rekrutierung und Schulung von Personal (von der Leitungsstruktur, dem medizinischen Personal bis hin zu Mitarbeitenden in der Administration); insgesamt rund 60 Personen
- Ausarbeiten sämtlicher von der kantonalen Gesundheitsdirektion geforderter Verträge
- Aufbau der gesamten Administrationsinfrastruktur, um Abrechnung und Controlling sicherzustellen
- Kostenschätzung: Investitionen und laufende Kosten von rund CHF 4,4 Mio. für eine Zeitdauer von 5 Monaten; teilweise vorzufinanzieren; eine einzelne Impfung kostet damit bei einem geschätzten Volumen von 165 000 Impfungen CHF 26.–



Reibungslos und effizient – Auftrag erfüllt

Nach intensiven Vorbereitungsarbeiten wurde das Zentrum nach bestandener Überprüfung durch die Vertreter/innen der kantonalen Gesundheitsdirektion am 13. April 2021 in Betrieb genommen. Während das elektronische Reservationssystem und die Verfügbarkeit des Impfstoffes anfänglich limitiert waren, funktionierten Strukturen und Abwicklung von Anbeginn hervorragend. Die Kadenz der Impfungen konnte nach und nach gesteigert werden. In Spitzenzeiten können jetzt täglich rund 1600 Impfwillige die begehrte Spritze entgegennehmen.

Mit den Impfzentren sollen rasch möglichst viele Menschen geimpft werden. Die Ausnutzung der bekannten Skaleneffekte sollen die Impfkosten in einem vertretbaren finanziellen Rahmen halten. Je mehr Impfungen, desto besser. Für das Impfzentrum Wetzikon kann bestätigt werden: Das Ziel wird erreicht. Das Zentrum – ein Start-up der besonderen Art – leistet einen wirkungsstarken Beitrag zur Impfung der Bevölkerung des Kantons Zürich.

Jörg Kündig

Gemeindepräsident Gossau ZH,
Präsident des Verbandes der Gemeindepräsidenten
Kanton Zürich und Kantonsrat

Fortsetzung von Seite 1

ze geschaffen haben. Eine gut funktionierende Wirtschaft ist die Grundlage unseres Wohlstands und unserer Fähigkeit, Herausforderungen anzupacken und zu lösen. Von solchen Meldungen brauchen wir in Zukunft mehr; dank «Kickstart Zürich» kann dies auch gelingen.

Am 13. Juni stehen wichtige nationale Vorlagen, wie beispielsweise das CO₂-Gesetz an, aber auch kantonale Abstimmungsvorlagen so zum Beispiel die Initiative der Mitte Kanton Zürich «Raus aus der Prämienfalle». Eine Annahme dieser Initiative, welche das Problem der steigenden Krankenkassenprämien nicht an der Wurzel packt, würde den Kanton Zürich jährlich weitere CHF 40 Millionen

kosten. Diese Giesskanne können wir uns schlicht nicht leisten! Erfahren Sie in diesem «Zürcher Freisinn» sowie in der digitalen Ausgabe www.fdpzh-zuercher-freisinn.ch mehr darüber, wie sich die FDP zu den Abstimmungsvorlagen stellt.

Es stehen bei uns aber auch weitere Themen wie die kommunalen Wahlen 2022 an, bei welchen es gilt, unsere liberalen Positionen in den Städten, Gemeinden und im Kanton zu festigen und weiter auszubauen. Die Vorbereitungen laufen parteiintern auf Hochtouren, und ich freue mich sehr auf die gemeinsame Zusammenarbeit mit Ihnen im Kampf für einen liberalen Kanton Zürich!

Hans-Jakob Boesch
Parteipräsident FDP Kanton Zürich

Einen vertieften Einblick von Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident FDP Kanton Zürich, in den 3-Punkte-Plan für eine starke Zürcher Zukunft geben wir Ihnen gerne in der digitalen Ausgabe des «Zürcher Freisinns» unter www.fdpzh-zuercher-freisinn.ch oder gleich hier. Schauen Sie rein!



FDP Stadt Zürich

Stadtratswahlen vom 20. Mai

Wenn Sie diese Ausgabe des «Zürcher Freisinns» in den Händen haben, wird es schon beschlossen sein: Wer von uns beiden wird von den Delegierten der FDP Stadt Zürich am 20. Mai erkoren, zusammen mit den **beiden bisherigen Stadträten Filippo Leutenegger und Michael Baumer** in den Wahlkampf für den 13. Februar 2022 zu steigen? Wer auch immer von uns beiden es sein wird, wir haben zusammen einen tollen und fairen Vorwahlkampf bestritten. Für beide wird das Leben aktiv weitergehen. Für die eine in einem engagierten Stadtratswahlkampf, für die andere wie bisher motiviert in



Sonja Rueff-Frenkel

ihrer Ratstätigkeit. Für diejenigen, die uns noch nicht so gut kennen, stellen wir uns hier gerne vor:

Sonja Rueff-Frenkel: Pragmatismus statt Ideologie

Als Freisinnige, Rechtsanwältin und 3-fache Mutter, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf lebt, will ich eine angemessene Vertretung der Frauen und der bürgerlichen Bevölkerung der Stadt Zürich im Stadtrat. Durch meine engagierte Sachpolitik in den vergangenen sieben Jahren im Kantonsrat konnte ich mir über die Parteigrenzen hinweg ein hohes Ansehen und Glaubwürdigkeit verschaffen. Ich politisiere mit Leidenschaft und Ausdauer und war im Kantonsrat bei wichtigen Vorlagen, die auch grosse Auswirkung auf die Stadt Zürich haben, an vorderster Front beteiligt – zuletzt beim Energiegesetz. Ich bin politisch sehr gut vernetzt, aber auch durch meine weiteren Engagements in Vereinen und Verbänden breit verankert. Als Stadträtin bringe ich mich nicht nur mit meiner Erfahrung ein, sondern auch mit meinen liberalen Werten mit einer sozialen Prägung.

Yasmine Bourgeois: Mehr Vielfalt im Stadtrat, mehr Lebensfreude in der Stadt

Ich bin gebürtige Stadtzürcherin, dipl. Hôtelière,

angehende Schulleiterin mit breiter Berufserfahrung und gewerblichem Herz – und Mutter von drei Kindern. Und ich weiss: Die Bevölkerung hat vielfältige Lebensentwürfe. Diese Vielfalt vermisse ich in der Politik. Es herrscht eine dogmatische Monokultur. Über 20 Jahre faktische Alleinherrschaft haben die Regierung träge gemacht. Neue Impulse bleiben aus. Statt regiert, wird verwaltet und reguliert. Statt Visionen zu entwickeln, werden Ameisenprobleme bewirtschaftet: historische Namen von Altstadtgebäuden, ein komplizierter Hundepipi-Plan oder Gratisbäder. Und wo es echte Probleme gibt, werden diese ideenlos in viel Geld ertränkt. Ich will als Stadträtin freiheitliche Lösungen für alle Lebensentwürfe fördern. Und mit Lebensfreude die Herzen der Bevölkerung gewinnen.



Yasmine Bourgeois

FDP Zollikon

Das ist noch nicht das Ende – es ist das Ende vom Anfang*

2015 musste die Schule Zollikon ihre in die Jahre gekommene Informatik ersetzen. Wir hätten es uns leicht machen und die alten Geräte einfach ersetzen können. Doch die Schulpflege Zollikon beschloss, die digitale Zukunft proaktiv anzupacken. Digitalisierung war schon damals ein Gebot der Stunde, der Lehrplan 21 gab uns die Richtung vor. Im Sommer 2018 wurden unsere Schulen nicht nur mit 1200 Laptops mit Tablet-Funktion (Convertibles) ausgerüstet, sondern in jedem Schulzimmer zierten grosse Bildschirme die Wände. Visualisierung war nun jederzeit und einfach möglich, ein flächendeckendes WLAN erlaubte Schülerinnen und Schülern, mobil in Gruppen zu arbeiten.

Dann kam die Pandemie. «Wir waren bestens gerüstet und bewältigten den Sturm fast problemlos», sagt Schulpräsidentin und Kantonsrätin Corinne Hoss. Solche Projekte gelingen nur, wenn sie partizipativ sind. Die Projektgruppe bestand aus Lehrkräften aller Stufen sowie IT-Fachleuten. Durch eine Vernehmlassung konnten sich alle Lehrpersonen einbringen. Das entstandene Kon-

zept wurde zum Kompass für den Umgang mit IT an der Schule Zollikon. Zusätzlich realisierten wir so auch ein Stück Einheitsgemeinde. Neu gab es für die ganze Gemeinde nur noch eine Informatik-Abteilung.

Doch das war erst der Anfang. Unterricht im digitalisierten Umfeld geht nämlich weit über die Technik hinaus. Neue Strukturen, Konzepte und Organisationsformen sind gefragt. So schufen wir zwei neue Funktionen: pädagogische und technische Spezialisten, welche die Lehrpersonen unterstützen, denn: die modernsten Geräte nützen nichts, wenn die Lehrpersonen nicht wissen, wie sie diese nutzen können. Deshalb schulen wir alle in den Grundlagen der IT-Nutzung.

Die neue Supportorganisation aufzubauen, war zeitaufwendig. Es mussten mentale Barrieren zwischen Schule und Gemeinde niedergerissen und neues Vertrauen aufgebaut werden.

Wie gesagt: Wir haben erst den Anfang hinter uns gebracht. Im nächsten Schritt gilt es zu klären: Wie können IT-Mittel längerfristig pädagogisch



sinnvoll eingesetzt werden? Welche neuen Möglichkeiten ergeben sich für die Organisation des Lernens der Schülerinnen und Schüler?

Das werden für uns in den nächsten Jahren die wichtigsten Fragen sein. Wir bleiben dran ...

Claudia Irniger
FDP Zollikon, Mitglied der Schulpflege
Ressort ICT, Informatikerin, Pädagogin und
Schulleiterin

*Frei nach W. Churchill

FDP Winterthur

Vernunft muss wieder mehr Platz bekommen

Die Liste der Fehlritte des links-grünen Winterthurer Stadtrates wächst. Nach dem missratenen Budget 2021 des Finanzvorstandes (SP), das vom Gemeinderat korrigiert wurde, kassierte das Ver-

waltungsgericht wiederholt eine Submission einer SP-Stadträtin. Gegenüber einer stark wachsenden Jugendkriminalität ist die Sicherheitsvorsteherin (GLP) machtlos. Die Liste liesse sich verlängern. «Wir haben einen Plan» – kündigten die rot-grünen Parteien 2018 vollmundig an. Heute stellen wir fest, dass der «Plan» Makulatur ist.

Mit Stadtrat Stefan Fritschi und Gemeinderätin Romana Heuberger bekräftigt die FDP-Winterthur ihren Willen, die bürgerliche Vertretung im Winterthurer Stadtrat ab 2022 wieder zu stärken. Stefan Fritschi ist seit 2010 Stadtrat. Mit Gemeinderätin Romana Heuberger tritt eine hervorragend qualifizierte und initiative Persönlichkeit zu den Stadtratswahlen an.

Dieter Kläy
Präsident FDP Winterthur



Romana Heuberger und Stefan Fritschi.

Lesen Sie mehr über unsere Kandidierenden in der Onlineausgabe des «Zürcher Freisinns», indem Sie den QR-Code scannen:



FDP Wetzikon

Wetzikon wird smart – entwickeln wir die Stadt gemeinsam

Das Wachstum von Regionalstädten ist zurzeit gut sichtbar. Die «bauliche Verdichtung» nimmt konkrete Formen an, Einfamilienhäuser mit mehr oder weniger Umschwung werden durch Mehrfamilienhäuser ersetzt. Auch die Stadt Wetzikon wächst weiter und wird grösser – oder enger? In der laufenden Entwicklung bis 2025 soll Wetzikon rund 28 000 Einwohner haben. Auch bei dieser Verdichtung bleibt der vorhandene Platz begrenzt. Wir rücken zwar näher zusammen, die Art und Weise, wie wir uns in der Stadt bewegen, wie Dienstleistungen der Stadt genutzt werden und wie wir die Stadt mitgestalten, muss aber moderner werden.

In der internationalen Städtekonzeption sind die Ziele einer Smart City ausgerichtet auf eine ressourcenschonende Stadtentwicklung, eine Erhöhung der Lebensqualität und der Standortattraktivität. Das klingt ja allgemein attraktiv – wer könnte da schon etwas dagegen haben?

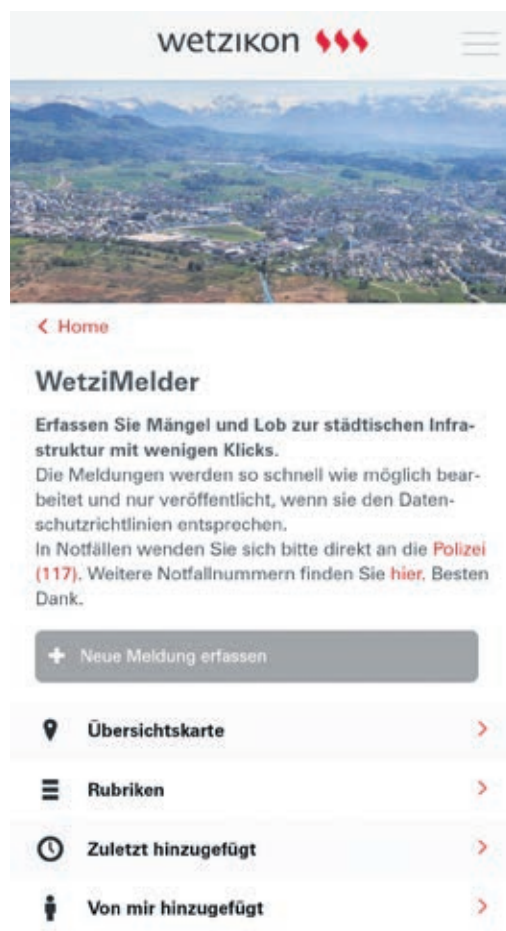
Die FDP Wetzikon setzt sich massgeblich dafür ein, dass die Entwicklung zu einer «Smart City» gelingt. Entscheidend ist, dass mit einer «Smart-City-Strategie» diese Entwicklung in einer smarten Mitwirkung der Bevölkerung entwickelt wird. Für uns als Einwohner, die Wirtschaft und das Gewerbe wird Stadtentwicklung so verständlich und erlebbar. Die Strategie wird dabei auch nicht «in Stein gemeisselt». Eine moderne Strategieumsetzung beinhaltet eine regelmässige Überprüfung der Strategie inkl. Ziele und Massnahmen mit allfälligen Anpassungen.

Ergänzend zur Smart-City-Strategie ist aber auch eine spürbare Umsetzung gefordert. Denn mit einem «smarten Papiertiger» erreichen wir für

Wetzikon wenig. Aus diesem Grund werden parallel zur Smart -City-Strategie auch erste Umsetzungen angegangen. So wurde im April 2021 der «WetziMelder» lanciert – eine smarte Erweiterung der Wetzikon-App. Die Einwohner können damit der Verwaltung positive und negative Dinge melden. Beispielsweise eine defekte Strassenlampe oder ein schön gestaltetes Blumenfeld oder einen Strassenschaden. Für eine Smart City braucht es aber auch eine smarte Wirtschaft. Deshalb unterstützt die FDP die Entwicklung einer lokalen Digitalwährung – dies als Teil der Wirtschaftsförderung. Der «WetziKoin» soll den Einkauf in unserer Stadt fördern, die Kunden profitieren dabei von Rabatten und bezahlen digital aus der Blockchain mit einer App.

Die Chancen, eine Stadt smarter und lebenswerter zu gestalten, sind vielfältig. Natürlich ist dies stark abhängig vom Engagement der Personen. Als Regionalzentrum im Zürcher Oberland soll Wetzikon eine Leuchtturm-Funktion für Smart Cities einnehmen. Mit der Strategie bauen wir aktuell das Dach und entwickeln eine Perspektive. Die parallel laufenden Projekte machen Smart Wetzikon (be-)greifbar. Die Wahrnehmung unserer Eigenverantwortung sorgt dafür, dass wir stetig vorankommen und der Entwicklungsprozess nicht von der Verwaltung dominiert wird.

Stefan Lenz
Präsident FDP Wetzikon, Gemeinderat



Chance für die FDP

Im Prozess der Digitalisierung sind liberale Lösungen gefragt

Die Corona-Krise hat die Digitalisierung beschleunigt, so oder so ist diese unaufhaltsam. Doch wie ist dieser Prozess zu gestalten? Für die FDP bietet sich die Chance, liberale Lösungen zu formulieren und die Entwicklung zu prägen.

Die Digitalisierung ist notwendig und eröffnet viele Chancen. Sie löst aber nicht alle Probleme und schafft auch neue. Sie endet nicht mit der Umwandlung analoger Informationen in digitale Formate. Sie löst tiefgreifende Veränderungsprozesse in der Gesellschaft aus, die nicht nur Gewinner hervorbringen werden. Der Ruf nach dem starken, fürsorglichen Staat wird sicher nicht leiser werden. Die FDP ist als liberale politische Kraft gefordert.

Der Ruf der FDP nach Digitalisierung ist richtig und wichtig. Er muss aber von Überlegungen zum Zweck und den (positiven und negativen) Auswirkungen von Digitalisierungsschritten begleitet sein. Nur mit reflektiertem Blick auf die Digitalisierung, ihre Risiken und ihre gesellschaftlichen Folgen wird die FDP die (gesellschaftlichen) Zeichen der Zeit rechtzeitig erkennen, die liberalen Antworten auf die Probleme der Zukunft finden

und gestaltend wirken können, statt von anderen oder von den Umständen getrieben zu werden. Die gegenwärtigen Diskussionen über technische Möglichkeiten, Datenschutz und Datensicherheit sind nur der Anfang.

Will die FDP als liberale Kraft eine bedeutende Rolle spielen, muss sie liberale Antworten auf die Probleme auch jener finden, die angesichts der Veränderungen Unbehagen, Frust oder Verlustangst empfinden. Sie muss sich selbstverständlich von Effizienzgedanken, wirtschaftlichen Aspekten oder der Aussicht auf individuelle und gesamtgesellschaftliche Chancen leiten lassen. Dem Gemeinwohl und dem Wohlergehen des Individuums verpflichtet, muss sie sich aber auch mit Fragen wie jener beschäftigen, wie mit potenziellen Verlierern der Digitalisierung umzugehen ist.

Die FDP wird die Antworten auf die Fragen der Zukunft finden. Das ist gut für die Schweiz, gut für die Gesellschaft. Und gut für die FDP. Das D im Parteinamen steht für Demokratie. Möge die FDP auch die «digitale Demokratie» prägen!

Bettina Schweiger
Bezirksparteipräsidentin Meilen



Bettina Schweiger

Abstimmung

Eine Prämienfalle-Initiative mit Nebenwirkungen

Am 13. Juni 2021 stimmt die Zürcher Stimmbevölkerung über die kantonale Initiative der Mitte «Raus aus der Prämienfalle» ab. Die Initiative fordert, dass sich die Prämienverbilligungen durch einen höheren Kantonsanteil vergrössern sollen; d. h., die Initiative strebt die Erhöhung des Kantonsanteils zur Finanzierung der Verbilligung der Krankenkassenprämien von mindestens 80 auf mindestens 100 Prozent des mutmasslichen Bundesanteils an. Die Kantonsbeitragsquote beträgt heute schon 92 Prozent.

Eine Annahme der Initiative kommt lediglich einer Symptombekämpfung gleich, denn die grosse Herausforderung liegt bei den Gesundheitskosten. Mit der Initiative der Mitte würde der Staatshaushalt um weitere 16 Millionen Franken jährlich belastet werden. Woher diese zusätzlichen Mittel kommen sollen, regelt die Volksinitiative nicht.

Der Regierungsrat und der Kantonsrat lehnen die Volksinitiative ab. Die SVP und FDP haben sich in einem überparteilichen Komitee zusammengeschlossen, um die Initiative mit vielen unschönen Nebenwirkungen zu bekämpfen. Treten Sie jetzt dem Komitee bei!

Eine Prämienfalle-Initiative mit Nebenwirkungen

Deshalb am 13. Juni
NEIN
stimmen
nein-praemienfalle-initiative.ch

Fachkommission Digitalisierung

Für eine liberale Digitalisierung

Liberaler Politik sorgt nicht nur für die optimalen Rahmenbedingungen für Innovation, sondern bietet auch Antworten auf die Fragen, welche neue Technologien aufwerfen. Die neu gegründete Fachkommission Digitalisierung der FDP Kanton Zürich hat sich zum Ziel gesetzt, liberale Antworten auf die Fragen der Digitalisierung zu finden.

Dass digitale Technologien mittlerweile in jedem Lebensbereich präsent sind, ist eine Binsenweisheit. Dennoch glänzt die Thematik in der Politik immer noch mit Abwesenheit. Einzelne Debatten wie E-Voting, E-ID oder den digitalen Impfpass ausgenommen, wird der Einfluss digitaler Technologien und ihre Möglichkeiten wenig diskutiert. Dabei geht es hier nicht um Gadgets, sondern um hochpolitische Fragen. Digitale Technologien pflügen altbekannte Geschäftsmodelle und Strukturen

um und erlauben dem Individuum ganz neue Möglichkeiten, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Digitale Märkte entwickeln eine andere Dynamik als in alten Industrien, eine digitale Verwaltung könnte ihre Leistungen effizienter erbringen, und gleichzeitig gilt es, Gesellschaft und Wirtschaft vor neuen Risiken wie Cyberangriffen oder Desinformation zu schützen. Diese Transformation gilt es politisch zu gestalten, denn weder ist sie eine unkontrollierbare Naturgewalt, noch führt sie per se zu einer liberalen Gesellschaft. Gerade die intensive Nutzung digitaler Technologien durch autoritäre Regime zur Überwachung und Unterdrückung zeigt, dass es auch in der Schweiz eine starke liberale Stimme braucht, welche die Chancen der Digitalisierung für eine offene Gesellschaft zu nutzen weiss und gleichzeitig sorgfältig mit den Risiken umgeht. Deshalb hat die FDP Kanton Zürich die Fachkommission Digitalisierung ins Leben gerufen. In ihr tauschen sich gewählte Politiker



Nicolas Zahn

rinnen, Praktiker und interessierte Parteimitglieder aus. In einem ersten Schritt soll eine Grundsatzeinstellung erarbeitet werden, welche bei konkreten Digitalisierungsvorgaben die Einhaltung liberaler Werte sicherstellen soll.

Nicolas Zahn
Mitglied Fachkommission Digitalisierung

Neues aus der Fraktion

Mini-Retraite im Rathaus

Mit dem Energiegesetz und dem Bericht zu den Vorkommnissen am USZ konnte die FDP-Fraktion zwei Meilensteine abschliessen. Nun ist aber keine Pause, sondern volle Kraft voraus angesagt. Mit einem ambitionierten Revitalisierungsprogramm für den Kanton Zürich will die Fraktion die zweite Legislaturhälfte prägen. Diskutiert wurden die Ideen an einer Mini-Retraite im Rathaus.

Dank hartnäckiger Verhandlungen konnte das Energiegesetz in der 2. Lesung liberaler geprägt und ein breit abgestützter Kompromiss gefunden werden. Zwar hätten wir eine Lösung mit einem CO₂-Absenkpfad mit klaren Rahmenbedingungen vorgezogen. Der nun festgeschriebene Lebenszyklusansatz ist machbar, und 5 Prozent Mehrkosten für eine klimafreundliche Lösung sind zumutbar, zumal jetzt klar verankert ist, wie diese berechnet werden. Das gibt Rechts- und Planungssicherheit für alle Beteiligten.

Auch bei der Arbeit der Subkommission der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit waren wir federführend. Arianne Moser beleuchtete die Vorkommnisse am Universitätsspital Zürich umfassend und differenziert. Der Bericht zeigt, in welchen Bereichen die Rahmenbedingungen für das USZ angepasst werden müssen und wo das

USZ zwingenden Handlungsbedarf hat. Mit der Umsetzung der Empfehlungen soll Ruhe einkehren, damit sich das USZ wieder ganz der medizinischen Versorgung und Forschung widmen kann.

An der Fraktions-Retraite drehte sich alles um einen Kickstart für Zürich. Fokussiert erarbeitete die Fraktion konkrete Vorstösse, um den Kanton nach der Pandemie aus dem Krisenmodus hinauszubefördern und für die verschiedenen Akteure des Lebens- und Wirtschaftsraums Zürich Perspektiven zu schaffen. Ziel ist es einerseits, die Zürcher Wirtschaft mit Investitionen in die Infrastruktur sowie guten Rahmenbedingungen für innovatives und agiles Unternehmertum zu stärken, die Digitalisierung voranzutreiben und Perspektiven für Studierende, Schüler*innen, Lernende und Arbeitnehmende zu schaffen. Andererseits sollen die Lehren aus der Krise gezogen und Vorschläge für ein nachhaltiges Krisenmanagement gemacht werden. Und die Widerstandskraft unserer Staatsfinanzen muss gestärkt werden. Erste Vorstösse zu allen Initiativen wurden im Kantonsrat bereits eingereicht, und weitere sind in Arbeit.

Mehr dazu in der Onlineausgabe des «Freisinn».

Beatrix Frey-Eigenmann
Fraktionspräsidentin



Beatrix Frey-Eigenmann

Mehr über die Aktivitäten der Fraktion und der Kantonalpartei finden Sie im digitalen «Freisinn».

Jetzt QR-Code scannen und reinschauen:





«Man muss sich engagieren»

Im Gespräch mit Regine Sauter

Du bist seit über 20 Jahren politisch aktiv, seit 2015 Nationalrätin. Wie bist du in die Politik gekommen, und was reizt dich daran? Ich war schon immer ein politischer Mensch, bereits in der Kantonsschule habe ich über Abstimmungen diskutiert, auch als ich noch nicht stimmberechtigt war. Später präsidierte ich das Studentenparlament an der HSG, und mit 27 trat ich der FDP bei. Dass sich in der Schweiz jeder, der will, politisch beteiligen kann, finde ich grossartig. Das empfehle ich allen, die nur am Stammtisch (oder heute in Internetforen) Sprüche über «die Politiker» machen, sich selbst aber nicht engagieren.

Digitalisierung im Gesundheitswesen ist spätestens seit der Corona-Krise in aller Munde, offensichtliche Mängel sind zum Vorschein gekommen. Wo harzt es? Es ist absurd: Die Schweiz steht in der Rangliste der innovativsten Staaten seit Jahren an der Spitze, aber jetzt, wo es darauf ankommt, harzt es bei der Digitalisierung. Der Kantonlgeist ist hinderlich. Das elektronische Patientendossier (EPD) sollte z.B. schon im Einsatz stehen. Auf-

grund der vielfältigen Lösungen, die in der Schweiz zur Anwendung kommen, hat sich alles massiv verzögert. Auch bei den Programmen für die Impfororganisation musste jeder Kanton etwas Eigenes entwickeln, statt dass man auf Erfahrungen anderer abgestellt und auch private Lösungen, die bereits funktionieren, beigezogen hätte. Im Alltag scheitert man aber auch am Widerstand der Beteiligten. So hatte sich die Ärzteschaft erfolgreich dagegen gewehrt, dass sie mit dem EPD arbeiten muss.

Du hast dich in der Frühlingsession für die schnelle Einführung des Impfpasses eingesetzt. Worum geht es da? Zu Beginn des Jahres wurde deutlich, dass unsere Nachbarstaaten das Reisen davon abhängig machen, dass man geimpft ist, und dies auch dokumentieren kann. Mir war es wichtig, dass die Schweiz nicht abgehängt wird. Gerade die Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass Reisen wieder ohne Hindernisse möglich ist. Deshalb braucht auch die Schweiz ein international kompatibles, fälschungssicheres Dokument, das über eine Impfung oder einen negativen Test Auskunft gibt. Die

Schweizerinnen und Schweizer erhalten damit ihre Freiheit wieder zurück.

Am 12. Juni stimmen wir über die kantonale Initiative «Raus aus der Prämienfalle» ab. Wieso ist es wichtig, dass diese nicht angenommen wird? Die Krankenkassenprämien sind für viele Familien zu einer erheblichen Belastung geworden. Was man sich aber zu wenig bewusst ist: Hohe Krankenkassenprämien sind nur der Spiegel hoher Gesundheitskosten. Hier gilt es anzusetzen. Die Initiative betreibt stattdessen reine Symptombekämpfung und verteilt Geld mit der Giesskanne. Belastet werden am Schluss erneut die Steuerzahler.

Du bist Direktorin der Zürcher Handelskammer, Politikerin und sitzt auch in diversen Gremien kultureller Institutionen. Wie schaffst du es, alles «auf die Reihe» zu bekommen? An erster Stelle macht mir all das, was ich tue, Freude. Ich habe ein spannendes, vielfältiges Leben. Politik ist mein Hobby. Aber natürlich ist es wichtig, sich gut zu organisieren, und dann habe ich auch tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mich unterstützen.

Welche gesellschaftlichen Themen beschäftigen dich ganz speziell? Im Moment ist es die Altersvorsorge, wo wir grossen Handlungsbedarf haben: sowohl in der AHV als auch in der beruflichen Vorsorge. Wir müssen jetzt Lösungen finden, damit diese Säulen stabil bleiben. In der Sommersession werden wir im Nationalrat die Revision der AHV diskutieren, die die FDP massgeblich mitgestaltet hat.

Welches sind die Werte, die dir persönlich am wichtigsten sind? Verantwortung zu übernehmen: Selbstverantwortung, d.h. nicht gleich nach dem Staat rufen, wenn es mal schwierig wird, und Verantwortung für die Gesellschaft.

Wie schaffst du den Ausgleich zwischen Privatperson, Beruf und Politik? Ich schaue, dass es klare Grenzen gibt, das Private muss seinen – ungestörten – Platz haben. Ich kann gut auch einmal ein paar Tage keine Mails ansehen.

Gibt es ein Motto, welches dich durch dein Leben begleitet? Man muss sich engagieren.

Regine Sauter lebt in Zürich, ist Direktorin der Zürcher Handelskammer und vertritt den Kanton Zürich seit 2015 im Nationalrat. Die Freizeit verbringt sie gerne mit Reisen, Wandern oder dem Besuch kultureller Veranstaltungen, insbesondere der Oper.

Digitalisierungsschub

Aufbruch

Als vor über einem Jahr die Corona-Pandemie einschlug wie eine Bombe, zeigte dies schonungslos auf, dass die Schweiz noch zu wenig digital funktioniert. Auch heute sind wir längst nicht dort, wo ein hochentwickeltes und innovatives Land sein sollte. Vielerorts hat der Corona-Schock jedoch zu einem Digitalisierungsschub geführt. In der Privatwirtschaft, aber auch in der Verwaltung.

Ein Beispiel hierfür ist die Abwicklung der Kurzarbeitsgesuche in meinem Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA). Im Frühling letzten Jahres hatten wir auf einen Schlag über 30000 Dossiers auf dem Tisch. Mit den bisherigen vom Bund vorgegebenen manuellen Prozessen hätten die Unternehmen viel zu lange auf die dringend notwendige Hilfe warten müssen, was wohl zum Abbau von Arbeitsplätzen geführt hätte. Dies galt es zu verhindern!

Aus der Not heraus hat das Amt für Informatik (AFI) der Finanzdirektion zusammen mit meinem

AWA und in Abstimmung mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) in Rekordzeit einen Software-Roboter entwickelt, damit Gesuche für Kurzarbeit digital und damit viel schneller verarbeitet werden konnten. Ein solches Tool zu entwickeln, hätte in normalen Zeiten wohl Monate gedauert; in der Krise gelang dies in gerade mal zwei Wochen. Für diese Leistung hat das AFI wohlverdient einen Innovationspreis erhalten.

Das Beispiel zeigt zweierlei: Manchmal braucht es Mut für eine schnelle und vielleicht nicht vollkommene Lösung, statt auf dem so schweizerischen Credo des Perfektionismus zu beharren. Und: Die Digitalisierung voranzutreiben, ist absolut zwingend. Nach dem Volks-Nein braucht es jetzt rasch mehrheitsfähige Lösungen für eine elektronische Identität, ein 5G-Mobilfunknetz und ein elektronisches Patientendossier, um nur drei Beispiele zu nennen.

Wir müssen die Lehren aus der Pandemie ziehen und die digitale Innovation in allen Bereichen – in Politik, Verwaltung und in der Privatwirtschaft – weiter vorantreiben. Dafür braucht es dringend



Carmen Walker Späh

auch gemeinsame Initiativen von öffentlicher und privater Hand. Und es braucht Mut, Investitionen in Technologien und in die Ausbildung der innovativen Köpfe von morgen. Schliesslich wollen wir auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben.

Carmen Walker Späh
Volkswirtschaftsdirektorin Kanton Zürich

AGENDA

22. Juni 2021

19 Uhr: ordentliche Mitgliederversammlung
(Ort noch ausstehend)

26. Juni 2021

Ab 20 Uhr: Mitgliederveranstaltung
(Barfussbar, Zürich – Durchführung noch offen)

31. August 2021

19 Uhr: a. o. Delegiertenversammlung
(Ort noch ausstehend)



«Das Spielautomatenverbot von 1994 stammt aus einer Zeit ohne Casinos und Smartphones und ist nicht mehr zeitgemäss.»

Hans-Jakob Boesch
Parteipräsident FDP



JA! zum gesunden Menschenverstand

JA zum EG Geldspielgesetz ZH
am 13. Juni 2021
geldspielzuerich-ja.ch

Kantonale Abstimmungen vom 13. Juni 2021

Parolen der FDP Zürich

- ✗ Kantonale Volksinitiative «Mehr Geld für Familien»
- ✗ Kantonale Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle»
- ✓ Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele



IT-Unternehmen setzt auf Umweltschutz

Talus AG nimmt Verantwortung wahr

Michael Hänzi, Mitinhaber der Talus Informatik AG (Talus), unterstützt das CO₂-Gesetz. Für den Unternehmer ist klar, dass Anreize für umweltfreundliches Verhalten viel bewirken können. So produziert das Berner Unternehmen einen Drittel seines Strombedarfs selbst.

Einen Stuhl, einen Schreibtisch, einen PC, ein (damals klobiges) Handy und etwas Aktienkapital. Das war die Mitgift, die man mitbringen musste, wenn man Ende 1994 zu den Gründern der damaligen Tankred – Dienstleistungen für Verwaltungen AG (heutige Talus) – gehören wollte. Zwölf Gründer wagten den Schritt in die Selbstständigkeit und legten den Grundstein für das Informatikunternehmen, das heute gut 100 Mitarbeiter zählt. Zu den Initianten gehörte auch Michael Hänzi. Der heutige Mitinhaber und Verwaltungsrat hat die Entwicklung von der kleinen IT-Firma zum Anbieter für IT-Gesamtlösungen miterlebt und mitgeprägt. Heute zählt die Talus, die im bernischen Seedorf beheimatet ist, zahlreiche Gemeinden, Städte und Energieversorger zu ihren Kunden, die

aus der ganzen Deutschschweiz und dem Tessin stammen. «Eigentlich wollten wir nie wachsen», sagt Hänzi. «Um der steigenden Anzahl Kunden ausreichenden Service zu bieten, wurden mehr Mitarbeiter nötig, und das führte schliesslich zur heutigen Grösse.»

Umweltschutz seit 1994

Der Firmenmitbegründer führt engagiert durch seinen geräumigen Betrieb und nimmt gerne zwei Treppenstufen auf einmal. Wegen der Homeoffice-Pflicht sind die meisten Mitarbeiter nicht anwesend. In normalen Zeiten können sie aber von einer Kantine und Aufenthaltsräumen profitieren. Pingpongische und gelbe Wände erinnern entfernt an einen etwas grösseren Techkonzern. «Wir wurden



Michael Hänzi, Mitinhaber der Talus Informatik AG.

auch schon als Google aus dem Seeland bezeichnet», sagt Hänzi lachend.

In den 27 Jahren seit der Gründung der Talus hat sich die IT-Welt fundamental gewandelt. Nicht verändert hat sich bei der Talus die Haltung, umweltschonend zu handeln. Bereits in den Unternehmensgrundsätzen von 1994 stand: «Wir wollen im

Drei Unternehmer für das CO₂-Gesetz



«Mit diesem Gesetz holen wir mehr Wertschöpfung in die Schweiz und senken gleichzeitig den CO₂-Ausstoss.»

Michael Schär
Stv. Geschäftsführer Hector Egger Holzbau



«Die Zeit istreif für das CO₂-Gesetz. Der langfristige Nutzen ist grösser als mögliche Einschränkungen.»

Daniel Arn
CEO Hans Christen AG



«Das CO₂-Gesetz sorgt für Investitionen in der Schweiz, die dem Gewerbe und lokalen Firmen zugutekommen.»

Martin Flury
Meisterlandwirt

Rahmen unserer Möglichkeiten die Umwelt schonen und mit den begrenzten Ressourcen sorgfältig umgehen.» Diesen Grundsatz hat das Unternehmen seither beherzigt und auf verschiedenste Weise umgesetzt. In den letzten Jahren liess die Talus ihre Räumlichkeiten analysieren und nahm verschiedene energetische Sanierungen vor. Dank diesen Verbesserungen und einer Photovoltaikanlage auf dem Dach, die jährlich ca. 424 000 kWh produziert und damit einen Drittel des Strombedarfs des Unternehmens abdeckt. «Dank unserem erfreulichen Geschäftsgang in den letzten Jahren konnten wir uns diese Investitionen leisten und unsere Umweltbilanz verbessern», sagt Hänzli. Wenn es um den Energieverbrauch geht, steht die IT-Branche weniger im Fokus als andere. Dabei sind die rund 900 Server, die bei der Talus im Keller stehen, auch energieintensiv. Das Unternehmen setzt für die Kühlung des Rechenzentrums auf eine sogenannte Free-Cooling-Anlage, die mit geringem Energieaufwand die Umgebungskälte nutzt.

Support für das CO₂-Gesetz

Für Hänzli ist klar, dass Unternehmen eine Verantwortung haben, die über Gewinnzahlen hinausgeht. Deshalb unterstützt Hänzli auch das revidierte CO₂-Gesetz, das am 13. Juni zur Abstimmung kommt. «Für mich ist zentral, dass mit Anreizen statt Verboten operiert wird. Dadurch gedeihen Innovation und Technologie am besten», betont Hänzli. Ein absolutes Verbot von Ölheizungen wäre aus seiner Sicht beispielsweise übertrieben, da es topografische Gegebenheiten gebe, die Alternativen verunmöglichen würden.

Als ehemaliger FDP-Gemeinderat von Wohlen bei Bern kennt Hänzli nicht nur die unternehmerische Position, sondern auch die Politik gut. «Die öffentliche Hand hat genauso eine Verantwortung wie die Unternehmen. Ein Miteinander ergibt gute Lösungen», ist Hänzli überzeugt. Mit dem CO₂-Gesetz würden die Grundlagen dafür geschaffen. Der Unternehmer setzt sich auch dafür ein, dass die Talus ihr Engagement im Umweltbereich fortsetzt:

«Green IT ist immer mehr ein Verkaufsargument.» Für Hänzli ist klar: «Wirtschaftlich und nachhaltig denken muss kein Widerspruch sein.»

Marco Wölfli

Blueprints.ch

Auf der neuen Plattform Blueprints.ch hält die FDP ihr Engagement in Sachen Umwelt- und Klimapolitik fest. Dazu zählen nicht nur Aktionen auf Bundesebene, sondern auch in den Kantonen und Gemeinden. Neu ist der Bereich Blue KMU, wo Porträts von innovativen, nachhaltigen (und liberalen) Unternehmen zu finden sind. Halten Sie Ihre Smartphone-Kamera auf den QR-Code und Sie gelangen direkt auf Blueprints.ch.



«Eine florierende Wirtschaft funktioniert nur mit gesunden Menschen in einer gesunden Umwelt.»

Reformen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft sind bereits aufgegleist.



Konstruktive Lösungen statt Skandalisierung

Extreme Agrarinitiativen schiessen über das Ziel hinaus

Die Agrarinitiativen, über die wir am 13. Juni abstimmen, rücken die Schweizer Landwirtschaft noch mehr als sonst in den Fokus der öffentlichen Debatte. Das düstere Bild, das von der Landwirtschaft gezeichnet wird, ist vor allem Abstimmungspolemik und dient der Skandalisierung. Zeit also für einen Schritt zurück und den Blick auf konstruktive Lösungen zugunsten einer zukunftsfähigen Landwirtschaft.

Seit geraumer Zeit häufen sich die negativen Berichterstattungen rund um unser Trinkwasser. Zu lesen ist von überschrittenen Grenzwerten, zu hohen Antibiotikarückständen oder der Überdüngung unserer Böden. Diese Erkenntnisse und Risiken sind ernst zu nehmen und mit geeigneten Instrumenten zu begegnen. Wir alle wollen eine Schweiz mit gesundem Trinkwasser und gesunden Lebensmitteln – und ich persönlich bin nicht bereit, weder auf das eine noch auf das andere zu verzichten. Klar ist aber auch, dass die Initianten aus strategischem Kalkül diese Berichterstattung

zugunsten ihrer Anliegen nutzen. Die daraus entstehende Polemik soll Unsicherheit und Angst wecken – um die Abstimmungen zu gewinnen. Auf der Strecke bleiben dabei leider zu oft die sorgfältige Auseinandersetzung mit den Fakten. Denn diese sind bei weitem nicht so skandalbehaftet und

rechtfertigen es, beide Initiativen zu verwerfen, weil sie klar über das Ziel hinausschiessen.

Signifikante Verbesserungen erzielt

Die vielen positiven Entwicklungen werden in der Debatte ausgeblendet: Allein in den letzten zehn Jahren ging der Verbrauch an chemischen Mitteln für die konventionelle Landwirtschaft um 40 Prozent zurück. Auch insgesamt ist der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im selben Zeitraum um 27 Prozent gesunken.

Wichtig zu wissen: Alle verwendeten Pflanzenschutzmittel sind von den Behörden offiziell zugelassen, und es gibt ständige, strenge Kontrollen. Wird also zum Beispiel im EU-Raum ein Pflanzenschutzmittel verboten, weil es als gesundheit-

«Die vielen aufgegleisten Massnahmen zeigen: Bund und Parlament ist es ernst.»

lich als gefährlich eingeschätzt wurde, hat das direkte Konsequenzen auf die Zulassung in der Schweiz. Auch das Trinkwasser wird behördlich überwacht und hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Standards. Wir können unser Hahnenwasser bedenkenlos trinken – heute wie auch morgen.

Lebensmittelgesetz setzt hohe Standards

Der Gesetzgeber stellt mit dem Lebensmittelgesetz (LMG) ein griffiges Instrument für sauberes Trinkwasser und Lebensmittel bereit. Dort gilt «Wasser für den menschlichen Konsum» als Lebensmittel. Darin legt der Bund auch Rückstandshöchstgehalte von Pestiziden und Nitrat fest, bei deren Einhaltung Lebensmittel inklusive Trinkwasser als gesundheitlich unbedenklich gelten. Stellt die Vollzugsbehörde gesundheitsschädliche Überschreitungen fest, hat es mit Art. 34 LMG die notwendigen Instrumente, um rasch zu handeln.

Handlungsbedarf erkannt und korrigiert

Es ist aber nicht so, dass sich die Politik und die zuständigen Behörden mit den jetzigen Erfolgen oder Standards zufriedengeben. Darum nimmt etwa die parlamentarische Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» die Kernanliegen der Initiativen direkt auf. Bis 2027 sollen die mit Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken für Oberflächengewässer, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser um 50 Prozent reduziert werden – der Bundesrat kann zudem den weiteren Absenkpfad festlegen. Bei einer Grenzwertüberschreitung verliert das betreffende Produkt seine Zulassung. Hier wurde ein zentrales Anliegen der Initianten aufgenommen. Nicht zuletzt zeigt der «Massnahmenplan sauberes Wasser», der die parlamentarische Initiative genauer definiert und aktuell in der Vernehmlassung ist, dass es dem Bundesrat ernst ist.

Ein weiteres Beispiel ist der Aktionsplan zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Damit sollen die Risiken halbiert und Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden. Bereits mit dem Start des Aktionsplans Pflanzenschutz im Jahr 2017 haben die Behörden zahlreichen Wirkstoffen die Zulassung entzogen. Im Frühling hat das Parlament die Regeln bei der Pestizidzulassung noch weiter verschärft. Mit dem Aktionsplan werden laut einer Prognose des Forschungszentrums Agroscope des Bundesamtes für Landwirtschaft in fünf Jahren 45 Prozent der freien Flächen und Felder mit mehrjährigen Kulturen pestizidfrei. Das ist schneller und konkreter umsetzbar als mit den extremen Agrarinitiativen – und führt zu weniger unerwünschten Nebeneffekten.

«Die Schweiz hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Standards in der Lebensmittelqualität und beim Trinkwasser.»

AP22+ als Chance für die Schweizer Landwirtschaft

Die FDP hat alle diese bereits ergriffenen Massnahmen unterstützt und sich in ihrem Positionspapier vom Sommer 2019 für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik erneut klar zu einer ökologischeren Landwirtschaft bekannt. Anstatt diese aber mit den extremen Agrarinitiativen mit dem Vorschlaghammer zu forcieren, will die FDP das Ziel mit richtig gesetzten Rahmenbedingungen, Anreizen und mit Technologieoffenheit erreichen. Selbstredend unterstützen wir ebenso die Senkung des Einsatzes der Pflanzenschutzmittel, allerdings wäre ein komplettes Anwendungsverbot dieser Wirkstoffe kontraproduktiv. Es fehlen wirksame Alternativen in diversen Kulturen. Bei einem vollständigen Verzicht wäre die Qualitätsproduktion gefährdet, und es droht eine hohe Resistenzgefahr.

Anstatt zu skandalisieren, will die FDP mehr Zeit in die Weiterentwicklung der Agrarpolitik investieren. Ein zentraler Pfeiler in dieser umfassenden Debatte ist die Agrarpolitik nach 2022 (AP22+). Sie baut auf den vorhergehenden Mass-

nahmen auf und soll einerseits dazu beitragen, die Schweizer Landwirtschaft und insbesondere gesunde Schweizer Lebensmittel und Trinkwasser zu sichern. Andererseits soll sie zur Stärkung der Effizienz der Betriebe und zur Reduktion der Umweltbelastung führen. Die stark kritisierte Aufschubung der Debatte über die AP22+ blendet jedoch aus, dass der ursprüngliche Entwurf bei weitem nicht den Ansprüchen einer umfassenden Weiterentwicklung gerecht wurde. Produktionsentscheide sollen verstärkt auf die Nachfrage der Konsumenten, Selbstverantwortung und Innovationskraft der Landwirtschaft ausgerichtet werden. Es war darum richtig, für die AP22+ eine Gesamtschau zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik mit der vertieften Prüfung von Verbesserungsmöglichkeiten zu fordern. Nur so können die Weichen für eine zukunftsgerichtete Schweizer Landwirtschaft mit einer qualitativ hochstehenden Produktion in einem wettbewerbsfähigen Umfeld gestellt werden.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL



Die beiden Agrarinitiativen schiessen übers Ziel hinaus.



Rückkehr zur parlamentarischen Normalität?

Entscheidende Geschäfte für die FDP

Nachdem für mehr als ein Jahr die Corona-Krise die Arbeit des Parlaments fast vollends beherrschte, scheinen mit der Sommersession nun wieder andere politische Schwerpunkte in den Vordergrund zu rücken. Eine Rückkehr zur parlamentarischen Normalität ist zumindest absehbar.

Mit dem (langsamen) Fortschreiten der Impfkampagne und dem verheissungsvollen Öffnungsplan des Bundesrats scheint nun endlich Licht am Ende des Tunnels. Der Weg zurück in die Normalität bestimmt aber nicht nur den Alltag, sondern zeigt sich auch daran, dass sich das Schweizer Parlament wieder anderen politischen Schwerpunkten als die Corona-Krise widmet. Für die FDP von grösster Relevanz sind dabei folgende Themen:

Vorsorge

Nach der Erstberatung der AHV21 im Ständerat ist nun der Nationalrat an der Reihe. Es wird auch in der Grossen Kammer absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen. Nur so kann die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleiben. Wie bereits im Ständerat bleibt der grosse Streitpunkt die Ausgleichsmassnahmen für

die Rentenalterserhöhung der Frauen. Dank der FDP konnte sich in der Vorberatung eine bürgerliche Lösung durchsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichtemacht.

Transparenz

Der vernünftige indirekte Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative befindet sich auf der Zielgeraden. Nachdem im Nationalrat dank der FDP bereits in den letzten Sessionen ein Kompromiss über die Höhe des Schwellenwerts, ab welchem Spenden künftig offengelegt werden müssen, erreicht werden konnte, sind nun in der Sommersession nur noch letzte Differenzen in beiden Räten zu bereinigen. Damit steht dem Gegenvorschlag kaum noch etwas im Weg, um in der Schlussabstimmung angenommen zu werden. Mit der Annahme des indirekten Gegenvorschlags in beiden Räten ist der Rückzug der gefährlichen Volksinitiative in Griffnähe.

Die Sommersession findet vom 31. Mai bis am 18. Juni statt. (Bild: Jane Schmid)

Aufhebung der Industriezölle

Der Bundesrat wie auch die FDP wollen mit der Aufhebung der Industriezölle die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern und die Konsumentinnen und Konsumenten entlasten. Das ist speziell in Zeiten einer Krise absolut entscheidend. Nach dem enttäuschenden Nichteintreten des Nationalrates im Sommer 2020 hat der Ständerat die Abschaffung im Winter 2020 ohne grosse Beratung unterstützt. Die FDP hegt die Hoffnung, dass der Nationalrat sich der Relevanz der Vorlage mittlerweile bewusst geworden ist und auf die Vorlage eintritt sowie in der Gesamtabstimmung zustimmt.

Abschaffung der Stempelsteuer

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats ebnete im April den Weg für eine Wiederaufnahme der Beratungen zur Abschaffung der Stempelsteuer. Die Abschaffung dieser weltweit einzigartigen Abgabe zum Nachteil des Wirtschaftsstandorts Schweiz ist ein jahrelanges Anliegen der FDP, das aus dem Jahr 2009 stammt und aufgrund der Corona-Krise wieder hochaktuell ist. Nun ist es am Ständerat, der Empfehlung seiner vorberatenden Kommission zu folgen und während der Sommersession die Sistierung der Vorlage aufzuheben. Damit wäre die Tür einen Spalt weit offen, um diese veraltete Abgabe endlich abzuschaffen.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Rückblick Sondersession 2021

Die Sondersession im Nationalrat diente wie üblich dazu, die vielen hängigen Geschäfte und Einzelvorstösse abzuwickeln. Eigentlich ist sie darum seit Jahren zu einer regulären Session geworden. Im Zentrum des Geschehens stand einerseits die Beratung zur Volksinitiative für die Organspende, bei der eine emotionale Diskussion am Ende zu einem doch klaren Entscheid zugunsten einer Widerspruchslösung resultierte. Andererseits stand die Erstberatung des DNA-Profil-Gesetzes auf der Traktandenliste. Wichtigster Streitpunkt war, wie detailliert die Analyse von DNA-Spuren für die Ermittlungsbehörden genutzt werden dürfen. Die FDP konnte dank einer konsequenten Haltung die vielen Angriffe zur Verschärfung der Anwendung erfolgreich abwehren.



Salaternte in Villeneuve, VD. (Bild: istock/makasana)

Mehr Schaden als Nutzen

2 x Nein zu den extremen Agrarinitiativen

Anders als die Initianten suggerieren, sind gesunde Lebensmittel und sauberes Trinkwasser auch bei einem Nein zu den Agrarinitiativen sichergestellt: Bundesrat und Parlament haben bereits griffige Massnahmen beschlossen, die praktikabel sind und rasch wirken. Die FDP lehnt die beiden extremen Initiativen ab.

Die Pestizidverbotsinitiative verlangt ein Verbot von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege. Nicht erklären können die Initianten, weshalb eine Unterscheidung zwischen synthetischen und anderen Pestiziden gemacht und wie sie umgesetzt werden soll. Klar ist hingegen: Diese extremen Produktionsvorschriften führen de facto zu einem Bio-Zwang. Die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten wird massiv eingeschränkt und die verarbeitende Lebensmittelindustrie gegenüber ausländischen Produzenten empfindlich benachteiligt. Dazu kommt die Verletzung von internationalen Handelsverträgen.

Initiative mit leeren Versprechen

Die Trinkwasserinitiative hingegen fordert, dass nur noch Landwirtschaftsbetriebe Direktzahlun-

gen erhalten, die auf Pestizide und vorbeugenden Antibiotikaeinsatz verzichten. Dieses Anliegen tönt auf den ersten Blick nach einem liberalen Anreizsystem. Nimmt man die Trinkwasserinitiative genauer unter die Lupe, offenbaren sich allerdings gravierende Nachteile. Ein Ja zur Trinkwasserinitiative führte zu einem spürbaren Produktionsrückgang mit steigenden Preisen für Inlandprodukte und zu zunehmendem Import von Lebensmitteln. Der Selbstversorgungsgrad von heute 55 Prozent würde weiter sinken. Schlimmer bezüglich Auswirkungen für die Umwelt: Die grossen Landwirtschaftsbetriebe im Schweizer Mittelland sind heute nur zu einem kleinen Teil von Direktzahlungen abhängig. Wird die Trinkwasserinitiative angenommen, besteht die Gefahr, dass diese Betriebe ganz auf Direktzahlungen verzichten und dafür mit «weniger Ökologie» ihre Erträge optimieren, um die ausfallenden Direktzahlungen

zu kompensieren – das Gegenteil dessen, was die Initiative verspricht.

Für Landwirtschaftsbetriebe mit Tierhaltung wäre die Trinkwasserinitiative besonders gravierend. Landwirtschaftsbetriebe sollen ihre Tiere nur noch mit selbstproduziertem Futtermittel versorgen. Wer Futter zukaufte oder importiert, erhält keine Direktzahlungen. Das ist praxisfremd. Schweine-, Geflügel- und Eierbetriebe sind auf Futtermittelzukaufe angewiesen. Auch bei einer Produktion nach Bio-Standards können sie die Voraussetzungen der Trinkwasserinitiative für Direktzahlungen aufgrund der unsinnigen Selbstversorgungsklausel nicht erfüllen. Damit setzt die Initiative falsche Anreize, sie verhindert eine sinnvolle Strukturbereinigung und Arbeitsteilung in der schweizerischen Landwirtschaft.

Nein zur Schwächung des Forschungsstandorts Schweiz

Besonders stossend ist, dass die Förderung von Forschung, Beratung und Ausbildung durch die Trinkwasserinitiative nach ideologischen Vorgaben eingeschränkt wird. Eine Förderung durch den Bund ist nur noch zulässig, wenn dabei eine Landwirtschaft unterstützt wird, die für die Produktion ohne Pestizide, ohne einen prophylaktischen oder regelmässigen Antibiotikaeinsatz auskommt und einen Beitrag zur Biodiversität leistet. Gerade der Antibiotikaeinsatz konnte dank Forschungsprojekten bereits deutlich reduziert werden – das soll auch weiterhin möglich sein.

Der Bundesrat hat griffige Ziele definiert

Bundesrat und Parlament haben den Handlungsbedarf für eine ökologischere Landwirtschaft klar erkannt. Der Bund hat bereits verbindlich griffige Ziele definiert wie die Belastung von Gewässern durch Pestizideinsatz reduziert werden kann. Das Parlament hat in der Frühlingsession die Massnahmen nochmals verschärft und verabschiedet.

Die FDP spricht sich gegen die Agrarinitiativen aus

Die FDP spricht sich deshalb klar gegen die extremen Agrarinitiativen aus. Auch für den Bundesrat sind die Pestizidverbotsinitiative und die Trinkwasserinitiative zu extrem. Denn ihre Forderungen hätten weitreichende negative Folgen: Unsere Wahlfreiheit, Forschung und Innovation würden massiv eingeschränkt.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH



Ein ungeeigneter Sündenbock

Ja zum Covid-19-Gesetz

Am Covid-19-Gesetz droht sich die über das letzte Jahr aufgestaute Frustration zu entladen. Es wäre der falsche Prügelknabe. Denn bei einer Ablehnung entfallen auch die wirtschaftlichen Hilfen, die die Unternehmen vor pandemiebedingten Konkursen und Massenentlassungen bewahrt haben.

Die Pandemie schränkt seit mehr als einem Jahr unser Leben ein. Mit zunehmender Dauer nimmt der Unmut in der Bevölkerung zu. Verständlich, denn Covid-19 gefährdet nicht nur die Gesundheit, sondern auch viele Existenzen. Ventil des Frustes ist das Covid-19-Gesetz, das als Prügelknabe für alles herhalten muss. Das ist völlig verfehlt: Denn das Covid-19-Gesetz ist der Rettungsring, der dafür sorgt, dass viele Unternehmen nicht untergehen.

Widerstand beruht auf irrtümlichen Annahmen

Die Gegner des Gesetzes schrecken vor keiner falschen Behauptung zurück. Umso wichtiger ist es darum klarzumachen, was das Covid-19-Gesetz nicht regelt. Schutzmassnahmen und Lockdowns regelt das Epidemiegesetz. Genauso wenig enthält

die Vorlage eine Impfpflicht oder ein Maskenobligatorium. Entgegen den falschen Behauptungen ändert ein Nein am 13. Juni nichts an Schutzmassnahmen und Lockdowns.

Unterstützung für die gebeutelte Wirtschaft

Dahingegen bildet das Gesetz die Grundlage für die dringend notwendigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen für die betroffenen Unternehmen

Das Covid-19-Gesetz bildet die Grundlage für die Unterstützung betroffener Betriebe wie zum Beispiel Restaurants.

und die Bevölkerung. Dazu zählen vereinfachte Kurzarbeitsentschädigungen für Angestellte sowie finanzielle Unterstützung für Unternehmen, insbesondere in den stark gebeutelten Sektoren Gastronomie, Tourismus, Medien, Kultur und Sport. Auch Selbstständigerwerbende erhalten dadurch Anrecht auf eine Entschädigung. Bei einer Ablehnung entfallen diese Unterstützungshilfen nach dem 25. September 2021. Das wäre bei anhaltender Pandemie oder im Falle einer weiteren mutationsbedingten Pandemiewelle nach September 2021 fatal: Konkurse und Massenentlassungen könnten die Folge sein, was die Auswirkungen der Pandemie weiter verschlimmern würde.

Engere Leitplanken für den Bundesrat

Darüber hinaus behaupten die Gegner fälschlicherweise, der Bundesrat würde mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet – das Gegenteil ist der Fall. Wie das? Während der Pandemie musste der Bundesrat die Massnahmen zur Abfederung des wirtschaftlichen Schadens mehrheitlich über notrechtliche Verordnungen erlassen. Diese lassen sinnvollerweise einen erheblichen Freiraum zu. Das Covid-19-Gesetz setzt dem Bundesrat hingegen engere Leitplanken und schränkt dessen Kompetenzen klar ein. Beispielsweise garantiert es den Einbezug der Kantone, der Sozialpartner und des Parlaments für den Ausbau der Unterstützungsmassnahmen. In der Konsequenz ist der Handlungsspielraum des Bundesrates durch das Covid-19-Gesetz richtigerweise enger definiert, und es besteht nun eine klare, durch das Parlament geschaffene gesetzliche Grundlage.

Falsche Zeit für eine Frustbekundung

Jetzt ist nicht Zeit, aus Frustration ein Exempel zu statuieren. Und schon gar nicht die Zeit, den Corona-gebeutelten Unternehmen und der Bevölkerung die wichtigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen zu entziehen. Darum stimme ich am 13. Juni Ja zum Covid-19-Gesetz.

Regine Sauter
Nationalrätin ZH

«Das Covid-19-Gesetz ist ein wichtiger Schritt weg vom Notrecht hin zu einem von der Bundesversammlung legitimierten Krisenmanagement.»

Damian Müller (rechts) und zahlreiche weitere Parlamentarier unterstützen die Vorlage.

(Bild: Thimea Häfliger)



Wirksamer Klimaschutz

Ja zum CO₂-Gesetz

Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Schweiz schon 2017 verpflichtet, ihren Beitrag zu leisten, damit die internationale Gemeinschaft von über 190 Vertragsstaaten des Pariser Abkommens die globale Erwärmung auf 1,5 °C begrenzen kann. Das CO₂-Gesetz ist wirtschaftsfreundlich ausgestaltet, was sich unter anderem durch die breite Unterstützung der Wirtschaft zeigt. Die Ja-Allianz besteht aus fast allen Parteien (FDP, Mitte, Grünliberale, Grüne, EVP und SP), zahlreichen Wirtschaftsverbänden und mehr als 90 zivilgesellschaftliche Organisationen.

Der Klimawandel ist ein globales Problem, und wir müssen Massnahmen ergreifen, um die bereits heute sichtbaren Folgen wie den Rückzug der Gletscher, die Zunahme extremer Wetterereignisse, die Verschiebung der Niederschläge in den Winter und den Rückgang der Artenvielfalt zu dämpfen. Es zeigt sich: Wir sind auf dem richtigen Weg, es muss aber noch mehr getan werden, wenn die Schweiz ihre Reduktionsziele bis 2030 erreichen will.

Das Verursacherprinzip wird gestärkt

Im Zentrum des CO₂-Gesetzes steht das Verursacherprinzip. Das bedeutet, dass «wer mehr ver-

schmutzt, mehr zahlt». Somit profitieren beispielsweise Hauseigentümer, die weniger Heizöl verbrauchen oder anstelle von Öl und Gas mit erneuerbaren Energien heizen. Eine Familie, die sich entscheidet, weniger oder gar nicht zu fliegen, profitiert ebenfalls. Die Folge daraus ist, dass die Landbevölkerung vom CO₂-Gesetz profitiert, während die Städterinnen und Städter einen Anreiz erhalten, ihren Verbrauch fossiler Energien zu reduzieren.

Die ganze Welt handelt – wir machen mit

Beim Klimaschutz geht es nicht nur um einzelne nationale Massnahmen, sondern um ein globales

Miteinander. Die Schweiz hat sich international mit 190 weiteren Staaten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zu mehr Klimaschutz bekannt. Die USA ist nach der Wahl ihres neuen Präsidenten Joe Biden wieder zum Kreis der Unterstützer des Pariser Klimaabkommens zurückgekehrt. Auch die Europäische Union, Japan, Kanada und sogar China haben in den Jahren 2020 und 2021 verstärkte Klimaziele beschlossen.

Das CO₂-Gesetz fördert die Innovation

Mit dem Klimafonds werden neue Projekte zur Förderung von Innovation gezielt unterstützt, wie zum Beispiel die Planung und Finanzierung von Fernwärmenetzen als wichtigen Beitrag an die Dekarbonisierung des Wärmesektors oder der Aufbau von Ladestationen für Elektroautos als zentraler Hebel für eine rasche Elektrifizierung der Mobilität. Auch unterstützt der Fonds die Sanierung von Gebäuden und von Ersatzneubauten sowie den Einbau von CO₂-freien Heizungen. Und schliesslich erhalten Schweizer Unternehmen mit dem Klimafonds Unterstützung, um klimafreundliche Technologien rascher auf den Markt zu bringen. Zu den Nutzniessern gehört deshalb auch die Luftfahrtindustrie, denn bis zu 49 Prozent der Flugticketabgabe können dafür verwendet werden, innovative Methoden zur Produktion erneuerbarer Flugtreibstoffe voranzubringen. Während aktuell das Fliegen mit sogenannter Flugscham behaftet ist, zielt das CO₂-Gesetz darauf, auch das Fliegen klimaverträglich zu machen, und für die Schweiz entstehen neue Chancen im globalen Wettbewerb.

Weniger Abhängigkeit von fossilen Energien

Das CO₂-Gesetz hilft der Bevölkerung und der Wirtschaft, die Abhängigkeit von importiertem Öl, Gas und Kohle frühzeitig zu reduzieren. Jedes Jahr fliessen rund 8 Milliarden Franken für fossile Energien ins Ausland. Mit dem neuen CO₂-Gesetz können wir einerseits diese Abhängigkeiten der Schweiz schrittweise reduzieren und andererseits früh den Weg für neue, nicht fossile Sektoren ebnen, die unsere Versorgungssicherheit in Zukunft gewährleisten.

Das Gesetz basiert auf dem Positionspapier der FDP

Das CO₂-Gesetz ist ein konsequenter Schritt, den auch die Basis der FDP fordert, und unsere Fraktion hat das Gesetz im Parlament massgeblich mitgeprägt. Dabei wird auf Lenkungsabgaben und Innovation gesetzt anstatt auf Verbote. Auch sorgt das CO₂-Gesetz dafür, dass wir keine Kosten auf dem Buckel der kommenden Generationen verursachen. Die ganze Welt handelt und wir machen mit – das ist fair und verursachergerecht.

Damian Müller, Ständerat LU



«Die Freiheit der Bürger schützen»

Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Ja zum PMT ein

Die Schweiz stimmt am 13. Juni über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt, weshalb das Gesetz eine wichtige Lücke schliesst.

Inwiefern kann das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (PMT) helfen, Terroranschläge zu verhindern? Reichen die bestehenden Gesetze nicht aus? Nein. Heute kann die Polizei erst eingreifen, wenn bereits eine Straftat verübt wurde. Künftig soll die Polizei im Sinne der Gefahrenabwehr präventiv handeln können. Wir schliessen mit PMT eine wichtige Lücke. Auch in der Schweiz gibt es Personen, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht.

Mit PMT könnte einer Person beispielsweise ein Kontaktverbot zu radikalisierten Gruppen oder ein Ausreiseverbot auferlegt werden, um eine Reise in den Jihad zu verhindern.

Gibt es konkrete Beispiele, wo die PMT-Massnahmen helfen würden? Ein konkretes Beispiel ist der Fall des früheren Vorbeters der Winterthurer An'Nur-Moschee. Er sitzt wegen IS-Beteiligung eine Gefängnisstrafe ab, spricht aber aus der Haft

heraus Drohungen aus. Was passiert mit dem Mann, wenn er seine Strafe verbüsst hat? Um weitere Taten zu verhindern, könnte ihm zum Beispiel ein Kontaktverbot zu radikalisierten Islamisten auferlegt werden. Auch den Attentäter von Morges hätte man möglicherweise besser begleiten können. Ob man den Anschlag verhindert hätte, wissen wir nicht. Sicher ist aber: Heute fehlen uns die Instrumente zur Prävention und polizeilichen Gefahrenabwehr.

Die Gegner befürchten einen massiven Eingriff in die Grundrechte. Zu Recht? Nein, im Gegenteil. Die vorgeschlagenen Massnahmen dienen der Sicherung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen und dem Schutz der Freiheit der Menschen in der Schweiz. Hier geht es um ein Gesetz, das alle rechtsstaatlichen Garantien gewährleistet. Jede Massnahme muss verhältnismässig sein und kann vor einem Gericht angefochten werden. Die Eingrenzung auf eine Liegenschaft muss ein Zwangsmassnahmengericht bewilligen. Wir schützen nicht die Freiheit der Terroristen, wir schützen die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Zudem nimmt die Schweiz mit PMT international keine Sonderrolle ein: Grossbritannien, Frankreich, Deutschland oder die Niederlande setzen bei der Terrorismusbekämpfung vergleichbare Massnahmen ein.

Sind die PMT-Massnahmen und insbesondere der Hausarrest vereinbar mit der EMRK und der UN-Kinderrechtskonvention? Ja. Wir haben die Vereinbarkeit mit der EMRK von Professor Andreas Donatsch gründlich abklären lassen. Das Gesetz respektiert auch die Kinderrechtskonvention. Erzieherische und Kinderschutzmassnahmen haben immer Vorrang. Wir sehen leider auch, dass gerade junge Menschen oft anfällig sind und sich leicht radikalisieren lassen. Die Dschihad-Reisenden aus Winterthur waren 15 und 16 Jahre alt. In der Ostschweiz hatte die Polizei einen minderjährigen Bombenbauer verhaftet. In Grossbritannien betrifft inzwischen jede zehnte Verhaftung im Zusammenhang mit Terrorismus einen Teenager.

Inwiefern stützt sich das PMT auf bereits erprobte Instrumente? Präventiv-polizeiliche Massnahmen sind nichts Neues. Sie dienen der Gefahrenabwehr. Schon heute kann beispielsweise ein gewalttätiger Hooligan am Betreten eines Stadions gehindert werden. Auch bei häuslicher Gewalt kann die Polizei einschreiten, bevor etwas passiert. Das Gleiche wollen wir auch mit PMT erreichen. Es kann ja nicht sein, dass wir präventiv gegen Hooligans vorgehen können, nicht aber gegen terroristische Gefährder.

Interview: Mario Epp

Bilateraler Weg ist der Königsweg

Gesamtbundesrat steht in der Verantwortung

Die FDP begrüsst die Absicht des Bundesrates, den Kontakt mit der EU aufrechtzuerhalten. Solange beide Parteien noch am Verhandlungstisch sind, gilt es, die erfolgreiche Verabschiedung des Rahmenabkommens durch den Bundesrat weiterzuverfolgen. Als mögliche Alternative hat die FDP-Fraktion proaktiv einen Drei-Säulen-Aktionsplan verabschiedet.

Die Schweiz und die EU sind wirtschaftlich eng verflochten. Zuverlässige Beziehungen sind deshalb elementar, und die FDP hat sich stets für den gesicherten bilateralen Weg eingesetzt. In der Diskussion über das Rahmenabkommen erwartet die FDP nun vom Bundesrat, dass er Transparenz schafft über die erfolgten technischen Gespräche und damit eine Beurteilung über deren Fortschritte zulässt. Die FDP-Bundeshausfraktion hat sich bereits mehrmals und intensiv mit dem Rahmenabkommen auseinandergesetzt und ihre Position aus der Konsultation des Rahmenabkommens von 2019 mehrfach bestätigt. Darin hat sie sich grundsätzlich positiv zum Rahmenabkommen geäußert, wobei in drei Bereichen noch Konkretisierungen notwendig sind: Unionsbürgerrichtlinie, Lohnschutz und Guillotine.

Die Teilnahme am Binnenmarkt ist und bleibt der mit Abstand beste Weg, um den Wirtschaftsstandort und damit auch den Wohlstand in der Schweiz zu sichern. Der Gesamtbundesrat steht

bezüglich der Verhandlungen nach wie vor in der Führungsverantwortung und muss jetzt Lösungen vorlegen, die für beide Seiten akzeptabel sind. Sollte das nicht möglich sein, muss nach einem anderen Ansatz gesucht werden, um die bilateralen Beziehungen zur EU zukunftsfähig zu gestalten. Zu diesem Zweck hat die FDP-Liberale Fraktion proaktiv einen Drei-Säulen-Aktionsplan entwickelt und am 16. April einstimmig verabschiedet.

1. Säule: Internationale Massnahmen mit der EU

Der Gesamtbundesrat ist in der Verantwortung, die Weiterentwicklung des bilateralen Weges zu sichern. Das wird weder schnell noch einfach möglich sein. Optionen dazu können sein:

Limitierte Dynamisierung der Bilateralen: Die technischen Sachbereiche, wie insbesondere MRA und Luftverkehr, werden mittels eines gesonderten Abkommens bereits heute mit der EU geregelt («dynamisiert»). Das würde eine limitierte Dynamisierung der Bilateralen ermöglichen. Wichtige

Bedingung: Verzicht auf «Nadelstiche» (beispielsweise bei der Börsenäquivalenz) und De-Blockierung anderer Abkommen. In die Verhandlungsmasse miteinbezogen werden können im Gegenzug auch offene Punkte der Schweiz wie die Kohäsionszahlungen.

Bilaterale III: Neue Abkommen wie beispielsweise ein Strommarktabkommen, Finanzdienstleistungsabkommen (FDLA) und ein Gesundheitsabkommen können soweit erforderlich mit der von der limitierten Dynamisierung der Bilateralen noch nicht erfassten Abkommen zu einem neuen Vertragspaket der Bilateralen III verbunden werden.

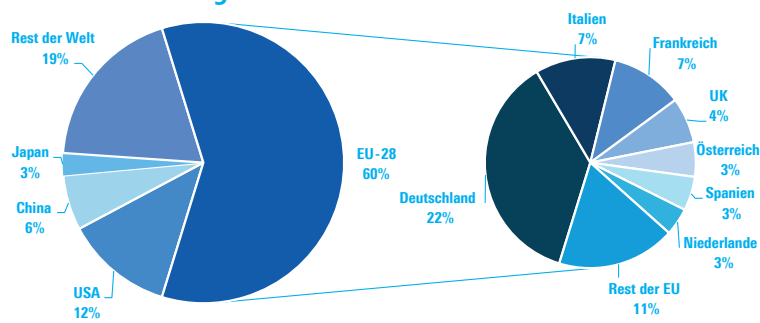
2. Säule: Internationale Massnahmen unabhängig von der EU

Es sind aktiv Partnerschaften mit Staaten ausserhalb der EU zu suchen oder zu intensivieren. Diese sind möglich im Bereich Freihandel (zum Beispiel Mercosur, Indien, USA, WTO); Forschung und Innovationsförderung (bi- und multilaterale Forschungsprogramme ausserhalb der EU); Bildung (bilaterales Programm mit UK); Landwirtschaft/Veterinärwesen (Vorbild Abkommen EU-UK); Finanzbranche (Anerkennung Gleichwertigkeit zwischen Grossbritannien und der Schweiz).

3. Säule: Nationale Massnahmen

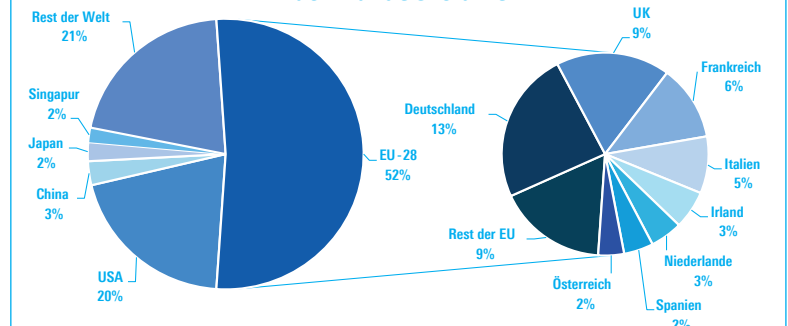
Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die die Schweiz unilateral umsetzen kann, um die negativen Folgen des Scheiterns abzufedern (Kompensation der erschwerten Marktzugänge und neuen Benachteiligungen): Umsetzung nationales Fitnessprogramm (gemäss FDP-Positionspapier «Vorwärtsstrategie für die Schweiz»); Kompensationsmassnahmen (wie zum Beispiel Alternativen zu EU-Äquivalenzanerkennungen der Börsen); autonomer Nachvollzug zwecks regulatorischer Entlastung der Wirtschaft; autonome Anpassungen, um die Anerkennung der Gleichwertigkeit zu forcieren (wie zum Beispiel Anpassung des Datenschutzgesetzes).

Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz im Jahr 2019, gemessen am Handelsvolumen



Die Schweiz wies 2019 insgesamt ein Warenhandelsvolumen von 447,49 Mrd. CHF aus. Der Handel mit der EU machte 266,37 Mrd. CHF aus, was einem Anteil von 60 Prozent entspricht.

Die wichtigsten Dienstleistungshandelspartner der Schweiz 2019 nach Handelsvolumen



Die Schweiz verfügte 2019 mit der EU über ein Dienstleistungshandelsvolumen von 131,49 Mrd. CHF. Gemessen am gesamten Dienstleistungshandelsvolumen der Schweiz (252,11 Mrd. CHF) entsprach dies einem Anteil von 52 Prozent.

Mentari Baumann auf der Bühne der Zurich Pride.



Mit Mentari Baumann an der Spitze findet am 19. Juni die Zurich-Pride-Demo unter dem Motto «Trau Dich! Ehe für alle jetzt!» statt. Politisch engagiert sich die Präsidentin der Zurich Pride als Geschäftsleitungsmitglied der FDP Frauen Schweiz sowie als Co-Präsidentin von RADIGAL (LGBTI-Fachgruppe der FDP. Die Liberalen Schweiz). Im Interview erzählt sie, was uns an der diesjährigen Pride erwartet und weshalb alle willkommen sind, mitzulaufen.

Du bist bereits mit 16 Jahren den Jungfreisinnigen beigetreten. Was hat dich politisiert? Als lesbische Jugendliche wurde mir sehr früh bewusst, dass ich nicht die gleichen Rechte wie andere in meinem Freundeskreis habe. Dies hat mein Interesse für Politik geweckt. Anfangs war ich nicht geoutet und habe ich mich deshalb innerhalb der Partei nicht für LGBTI-Themen engagiert.

Was beinhaltet dein Engagement als Zurich-Pride-Präsidentin, und was gefällt dir dabei am besten? Es hat mir enorm viel Mut gegeben, dank der Zurich Pride viele geoutete und glückliche Menschen kennen zu lernen. Am meisten Freude bereitet mir aber der Kontakt zu den verschiedensten Menschen, auch Kritiker innerhalb und ausserhalb der

Community oder Unternehmen, die LGBTI-freundlicher werden wollen.

Letztes Jahr musste die Pride aufgrund von bekannten Gründen abgesagt werden. Wie sieht es dieses Jahr aus? Am 19. Juni präsentieren wir das einmalige Pride TV, vollgepackt mit queerer Musik, Unterhaltung, Interviews sowie informativen Beiträgen. Auch die Demo versuchen wir durchzuführen, jedoch musste das Festival abgesagt werden.

In eurem Verein gibt es ein Ressort Politik und eine politische Bühne. Wie politisch ist die Zurich Pride? Die Zurich Pride ist keine politische Organisation per se, wir kämpfen für Visibilität und Normalisierung der Lebensrealitäten von LGBTI-Menschen.

«Es hat mir viel Mut gegeben, dank der Zurich Pride viele geoutete und glückliche Menschen kennen zu lernen.»

Zurich Pride

Wann: Samstag, 19. Juni 2021

Wo: Zürcher Innenstadt

Anmeldeschluss: Montag, 7. Juni 2021

Gratisanmeldung für Teilnahme an Demo und liberales Pride-Shirt:



<https://bit.ly/32UyriB>

Kontakt bei Fragen:
jill.nussbaumer@jungfreisinnige.ch

In einer Welt, in der Homophobie und Transphobie immer noch existiert und wir nicht die gleichen Rechte haben, ist alles, was wir machen, politisch.

Weshalb ist es wichtig, dass FDP und Jungfreisinn an der Zurich Pride teilnehmen? Mit einer breiten Teilnahme der FDP und Jungfreisinnigen werden LGBTI-Parteimitglieder unterstützt und gesellschaftsliberale Anliegen bestärkt. Deshalb ist auch die Partizipation von heterosexuellen Unterstützern wichtig und willkommen.

Worauf freust du dich bei der diesjährigen Pride am meisten? Aus der Not entstand das Experiment des Pride TV, und darauf freue ich mich! Zudem ist 2021 ein wichtiges Jahr, denn wir stimmen mit der Ehe für alle über ein zentrales Anliegen ab. In diesem speziellen Jahr die Pride präsidieren zu dürfen, ist ein Privileg.

Jill Nussbaumer

Kommunikationsverantwortliche RADIGAL,
Vizepräsidentin Jungfreisinnige Schweiz

www.radigal.ch

In der Wintersession 2020 haben Stände- und Nationalrat der Ehe für alle zugestimmt – auch dank der Unterstützung der FDP. Der Entscheid unterstand dem fakultativen Referendum, das jetzt zustandegekommen ist. Ein überparteiliches Komitee mit Vertretern von SVP und EDU hat die notwendigen Unterschriften eingereicht. Darum wird schon bald das Volk darüber befinden können. Wann die Abstimmung stattfindet, ist noch offen.

Auf die Hochzeit folgt meist eine saftige Steuerrechnung.



Ist Heiraten keine Frage der Liebe mehr?

Plädoyer für die Individualbesteuerung

Vor über 40 Jahren stellte das Bundesgericht fest, dass Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren benachteiligt sind. Trotzdem ist bis heute nichts passiert. Wie kann das sein?

«Kamylla, du machst einen Fehler», das war einer der ersten Sätze, den ich gehört habe, als ich meine Hochzeit verkündete. Der Satz bezog sich nicht etwa auf die Wahl meines Ehemannes Samuel, sondern darauf, dass wir als verheiratetes Paar, noch ohne Kinder, einmal den Bund der Ehe eingegangen, mehr Steuern bezahlen als zuvor.

Durch den ganzen Hochzeitsstress vergass ich diese Aussage schnell wieder, und es kam mir erst wieder in den Sinn, als sich die neue Steuerrechnung im Posteingang befand. Eine kleine Nebenbemerkung – die Steuerrechnung hatten wir bereits vier Tage nach der Trauung im Briefkasten. Wenn doch die Verwaltung immer so schnell und effizient wäre.

Freie Entscheidung eingeschränkt

Dabei störte ich mich nicht einmal daran, dass wir prinzipiell nun mehr Steuern bezahlen müssen. Wir leben schliesslich in der Schweiz, und ich den-

ke, dass hier im Gegensatz zu anderen Ländern diese Einnahmen der Steuern doch grösstenteils vernünftig eingesetzt werden. Auch geht es mir nicht um den Schutz der Ehen, ich beziehe mich aber darauf, dass ich hier in meiner freien Entscheidung eingeschränkt werde respektive eine finanzielle «Bestrafung» erhalte, wenn ich mich für eine Heirat entscheide.

Ich bin der Meinung, jeder sollte eine individuelle und eine freie Wahl haben, unabhängig vom Zivilstand. Die Individualbesteuerung ist der Schlüssel zu einer nachhaltigen und fairen Steuerpolitik, deshalb lege ich Ihnen, Werte Leser, nahe, mit uns gemeinsam sich für die Volksinitiative



Kamylla Lisi-Brandino ist im Vorstand der FDP Frauen Kanton Zürich sowie der FDP Meilen.

Individualbesteuerung einzusetzen, um diesem Problem nach mehr als 40 Jahren endlich politisch mit einem Lösungsvorschlag entgegenzutreten.

Kamylla Lisi-Brandino
Vorstand FDP Frauen Kanton Zürich

«Jeder sollte eine individuelle und eine freie Wahl haben, unabhängig vom Zivilstand.»



Renteninitiative

Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge

Bis 2045 fehlen der AHV 200 Mrd. Franken!

Die Lösung der Sozialdemokraten:

**MWST um 4% erhöhen und
KMU schwächen!**

Unsere Lösung:

die Renteninitiative.

Jetzt

den beiliegenden Unterschriftenbogen
unterschreiben
und die AHV nachhaltig sichern

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Nein zur Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotikaeinsatz»



NEIN

Nein zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»



JA

Ja zum Covid-19-Gesetz



JA

Ja zum CO₂-Gesetz



JA

Ja zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

AGENDA

3. Juli 2021

Delegiertenversammlung, Martigny

28. August 2021

Sternwanderung in Thun

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handkamera scannen.



FDP Die Liberalen

Nationale FDP-Sternwanderung

Freisinniger Wandertag mit FDP-Parlamentarierinnen und Parlamentarier

28. August 2021

Treffpunkt: Region Thun

SAVE THE DATE



Warum kommt 5G?

Darum ist der weitere Ausbau wichtig

Im Durchschnitt braucht heute jeder von uns hundert Mal mehr mobile Daten als vor zehn Jahren. Nur mit neuen Technologiegenerationen – wie aktuell 5G – können die Mobilfunkbetreiber dieses Wachstum stemmen.

Mobilfunk ist eine Erfolgsgeschichte

Mit jeder Generation kamen neue Anwendungen dazu. Diese entstanden, nachdem die Netze gebaut waren. Für 5G gelten übrigens die gleich strengen Regeln wie für die bisherigen Mobilfunkgenerationen.

1G
ab 1978
Mobile Telefonie



2G
ab 1993
Der grosse Durchbruch



3G
ab 2004
Das Internet wird mobil



4G
ab 2012
Neue Anwendungen für jede Lebenslage



Was ist jetzt mit 5G?

Mehr zu 5G, Mobilfunk, Gesundheit und Umwelt finden Sie hier.



[swisscom.ch/5gflyer](https://www.swisscom.ch/5gflyer)

swisscom